Griechenland

»Die Türkei zündelt gern«

Nikos Kotzias, 67, griechischer Außenminister, über die Verschlechterung des ohnehin schwierigen Verhältnisses zur Türkei. Am Mittwoch hat Griechenland angekündigt, 7000 Soldaten an Grenzorte zur Türkei verlegen zu wollen.

SPIEGEL: Ihre Regierung stationiert Tausende Soldaten an der Grenze. Vorbereitungen für einen möglichen Krieg?
Kotzias: Nein, nein. Es gibt keine Alternative zum Frieden; wir müssen unsere Konflikte durch Diplomatie lösen. Aber die Türkei zündelt gern.
SPIEGEL: Anfang März hat die Türkei zwei griechische Soldaten festgenommen, die die Grenze wohl versehentlich überquerten. War das eine Provokation?
Kotzias: So etwas ist jedenfalls kein Verhalten unter Nato-Verbündeten.
SPIEGEL: Im Dezember war Präsident Recep Tayyip Erdoğan in Athen, ein historischer Besuch. Hat das Treffen geholfen?
Kotzias: Erdoğan ist hoch nervös; die Türken verhalten sich widersprüchlich, sie sind zugleich übermütig, arrogant und unsicher. Wir versuchen, sie davon zu überzeugen, dass wir keine bösen Absichten hegen. Von all ihren Nachbarn ist Griechenland der beste. Doch Erdoğan hat entschieden, sogar guten Nachbarn wie uns Probleme zu bereiten.
SPIEGEL: Inwiefern?
Kotzias: Grundsätzlich interessiert er sich sehr dafür, den türkischen Zugriff auf Erdgasvorkommen im Mittelmeer sicherzustellen, egal ob mit legalen oder illegalen Methoden.
SPIEGEL: Will die Türkei also die Grenzen zu Griechenland neu ziehen?
Kotzias: Nein, Erdoğan kann nicht ernsthaft Europas Grenzen verändern wollen. Er hat bisher nicht angedeutet, dass ihm so etwas vorschwebt. Aber er hat Vorfälle provoziert, die zeigen, dass er die griechische Souveränität anzweifelt und dadurch indirekt auch die der EU, im Mittelmeer wie anderswo. Ich glaube, dass Erdoğan Einfluss auf die Nachbarstaaten ausüben will, wie eine Hegemonialmacht. Und er will Europa »türkifizieren«.
SPIEGEL: Wie macht er das?
Kotzias: Er nimmt eine harte Haltung ein, lässt deutsche Journalisten verhaften. Ich habe Erdoğan gesagt: »Allah hat entschieden, dass unsere Länder nebeneinander liegen. Und er beobachtet Ihr Tun und erwartet, dass Sie vernünftig und moralisch handeln.« Er antwortete: »Nikos, Sie lesen zu viel im Koran.«
SPIEGEL: Wie ernst nehmen Sie die Drohungen?
Kotzias: Die Türkei sagt, sie wolle mit uns am Verhandlungstisch über Dinge reden, die sie nach internationalem Recht nichts angehen. Aber darauf werden wir nicht eingehen. Erdoğan exportiert innenpolitische Probleme; er versucht, die Rechtsnationalisten vor den Wahlen nächstes Jahr zu mobilisieren. Aber Griechenland ist nicht Syrien oder der Irak. Wir sind Teil des Westens und nicht allein. GEC

PETROS GIANNAKOURIS / AP / DPA

Kotzias

Chappatte

SERGEI KARPUKHIN / REUTERS

Flugzeugwrack bei Smolensk 2010

Polen

Die Last eines Mythos

● Am kommenden Dienstag jährt sich die Katastrophe von Smolensk zum achten Mal, dann wird in Warschau ein Denkmal für die 96 Toten des Flugzeugabsturzes enthüllt. Die regierende nationalkonservative PiS hofft, damit einen Endpunkt unter einen langen Streit setzen zu können – denn die Smolensk-Saga wird langsam zum politischen Problem. Die von ihnen selbst immer wieder angeheizte Verschwörungstheorie vom Bombenanschlag polarisiert die Gesellschaft.

Am 10. April 2010 war die Maschine des damaligen Präsidenten Lech Kaczyński nahe dem russischen Smolensk abgestürzt. Sein Bruder Jarosław, der heute aus dem Hintergrund die Regierung kontrolliert, sprach seither stets von einem »Anschlag«. Diese Erzählung hat ihm das Mitleid der Wähler eingebracht und es ihm ermöglicht, seine politische Mission zu einer weiteren Episode des ewigen Behauptungskampfes der Polen gegen die bösen Nachbarmächte, namentlich Russland, zu überhöhen. Kaczyński und seine PiS glauben bis heute, dass eine Bombe an Bord das Flugzeug zum Absturz gebracht hat, obwohl offizielle Untersuchungskommissionen Nebel und Versagen von Piloten und Bodenpersonal als Ursachen ausgemacht hatten. Doch selbst ein neuer, von PiS eingesetzter Ausschuss liefert keine nur annähernd schlüssigen Indizien für ein Attentat.

Auch die von PiS angeordnete Exhumierung der Leichen brachte keine neuen Erkenntnisse, riss jedoch bei vielen Angehörigen Wunden auf. Zuletzt wurden sogar innerhalb der PiS skeptische Stimmen laut. So mag etwa der neue Außenminister Jacek Czaputowicz nicht von einem Anschlag sprechen. Zudem stehen Regionalwahlen an, die Kaczyńskis Partei nur gewinnen kann, wenn sie die Mitte der Gesellschaft erreicht. Doch nur ein harter Kern von etwa 25 Prozent der Wähler glaubt an ein Attentat. Die Mehrheit schrecken die Verschwörungstheorien ab. JPU